# Das dritte Volksfrontkabinett gestürzt

## „Man muß endlich einmal regieren", sagt die Pariser Presse

**Der parlamentarische Wirrwarr in Frankreich ist nur insofern geklärt worden, als das zweite Kabinett Chautemps, das dritte, das unter der Flagge der Volksfront segelte, nach noch nicht zweimonatiger Amtstätigkeit der Vergangenheit angehört. Der Rücktritt Chautemps' kam nicht ganz unerwartet, nachdem in den letzten Tagen die Krisenzeichen in Frankreich sich ungeheuerlich verstärkt hatten, insbesondere der gewaltige Geldbedarf des Staates nicht mehr in genügendem Maße befriedigt werden konnte. Es kann nicht wundernehmen, wenn in der französischen Presse der daniederliegende politische Zustand in Frankreich gegeißelt und die Eifersucht der Parteien, die dem Lande zum Schaden gereicht, angeprangert wird. Es mehren sich die Stimmen in den französischen Zeitungen, die fordern, man müsse handeln und endlich einmal regieren. Frankreich brauche eine Regierung von Männern.**

### Chautemps' Schwanengesang

In einer Sitzung der französischen Kammer hat Ministerpräsident Chautemps noch einmal die Rednertribüne bestiegen, um eine Regierungserklärung abzugeben. Es war die Todesanzeige der Volksfront. Chautemps gab zu verstehen, daß er nicht an der Regierung bleiben könne, weil eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und einem Teil der Mehrheitsparteien entstanden sei. Die Regierung ist, wie man es in Paris auffaßt, von den Sozialisten und ihren kommunistischen Hilfstruppen gestürzt worden. Nach der Sitzung der Kammer fand sofort ein Kabinettsrat statt, in dem das Rücktrittsschreiben abgefaßt wurde. Bald darauf begab sich das Volksfrontkabinett zum Präsidenten der Republik, um seinen Rücktritt anzuzeigen.

Vor dem Sturz der Regierung Chautemps hatten ausgiebige Parteibesprechungen stattgefunden. Aus ihnen ergab sich das Bild, daß ein Fortbestehen der Regierung nicht mehr möglich sei. Eine angesetzte Sitzung des sogenannten Linksausschusses der Kammer, dem die Volksfrontparteien angehören, mußte sogar wegen der Unstimmigkeiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten abgesagt werden.

### Auf der Suche nach Chautemps' Nachfolger

Präsident Lebrun hat sofort mit der Sondierung bei den für eine Neubildung der Regierung in Frage kommenden Persönlichkeiten begonnen. Dem Herkommen gemäß hat er zunächst den Präsidenten des Senates, Jeanneney, und später den Kammerpräsidenten Herriot zu sich. Diese Befragung trägt jedoch nur formellen Charakter, da Jeanneney nicht ernstlich in Betracht zu ziehen ist und Herriot als der aussichtsreichste Kandidat für die im nächsten Frühjahr stattfindenden Neuwahlen zum Präsidenten der Republik gilt.

### Warum trat Chautemps zurück?

Vor zwei Monaten erst war Chautemps überraschend zurückgetreten, hatte aber dann doch die neue Regierung wieder gebildet. Damals hielt er den Zeitpunkt für geeignet, die Sozialisten aus dem Kabinett zu entfernen und eine klare Schwenkung nach rechts vorzunehmen. Die Marxisten haben jetzt ihre Rache genommen. Chautemps ist gestürzt.

Das ist der mehr äußerliche Grund, warum die Regierung Chautemps zurücktreten mußte. Der innere Grund liegt vorwiegend in der Finanzwirtschaft des französischen Staates. Es ist etwas anderes, Kredite in astronomischen Ziffern für die Rüstung zu fordern und bewilligt zu erhalten, und dann die notwendigen Mittel auch herbeizuschaffen. Durch die zweimalige Francabwertung und die Aufgabe der Goldparität sind die „großen sozialen Erfolge" aus der Zeit Léon Blums schon längst wieder zu einem Nichts zusammengeschmolzen. Der französische Arbeiter muß heute enttäuscht feststellen, daß die 40stündige Arbeitswoche eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht hat und die allgemeinen Erzeugungskosten derartig in die Höhe gestiegen sind, daß alle seine Mehreinnahmen aus der Lohnerhöhung und dem für 48 Stunden ausgezahlten Lohn bei weitem nicht ausreichen, um die Differenz in den Preisen gegenüber früher zu decken.

Die Krise in Frankreich ist eine soziale und finanzielle. Selbst ein so reiches Land wie Frankreich kann kaum noch die Lasten tragen, die die fieberhaften Rüstungen erfordern oder die sozialen „Fortschritte" für die Arbeiter, wie sie die Volksfront in Frankreich befürwortet, verlangen. Was in Frankreich nun werden wird, kann man nicht voraussagen. Zwar hat man begonnen, die verhängnisvollen Fehler der französischen Außen-, Sozial- und Finanzpolitik langsam zu erkennen, aber nicht überall in Frankreich. Noch sind die Marxisten und Kommunisten ein zu starkes Hemmungsmoment für einen Gesundungsprozeß. Allerdings, die französische Volksfront ist, wie die letzte Krise gezeigt hat, gespalten, und vielleicht bahnen sich hier politische Umgruppierungen an, die nach dem Tode der Volksfront eine neue Aera in Frankreich herbeiführen können.

*

## Wieder einmal Léon Blum

### Er soll das neue Kabinett bilden

**Am Donnerstagnachmittag begab sich auf Ersuchen des Präsidenten der Republik der Führer der Sozialisten, Léon Blum, ins Elysée, wo er eine halbstündige Unterredung mit dem Staatsoberhaupt hatte. Beim Verlassen des Palastes erklärte Blum, daß der Präsident der Republik ihm den Auftrag erteilt habe, eine Regierungsbildung zu versuchen. Er werde sich bemühen, ein dauerhaftes und der gegenwärtigen Lage angepaßtes Kabinett zusammenzustellen.**

Léon Blum suchte zunächst die Präsidenten der Kammer und des Senats sowie den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Chautemps auf und berief sich dann mit dem Vorsitzenden der Radikalsozialen Partei, dem bisherigen Verteidigungsminister Daladier.

Verschiedene Gruppen der Kammer haben bereits getagt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Republikanische Vereinigung kritisierte scharf das Verhalten Chautemps', den sie der Fahnenflucht beschuldigt. Die Kommunisten haben erneut die Sozialdemokraten zur Einberufung des Einheitsausschusses beider Parteien aufgefordert. Sie sind im übrigen der Ansicht, daß nur ein Kabinett der Volksfront die Nachfolgeschaft Chautemps' antreten könne. Die Sozialdemokraten fordern ebenfalls ein Volksfrontkabinett, und zwar unter sozialdemokratischer Führung.

# Merkwürdige Volksabstimmung in Oesterreich

**Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hielt am Mittwochabend bei einem Amtswalter-Appell eine Rede, in der er für den nächsten Sonntag, den 13. März, eine Volksbefragung ankündigte.**

Aehnlich wie in seiner Rede, die er kürzlich vor dem Bundestag hielt, legte Dr. Schuschnigg im einzelnen dar, wie nach seiner Ansicht der soziale, christliche und nationale Gedanke in Oesterreich zu verwirklichen und aus der Geschichte zu entwickeln sei. Er erklärte, nun müsse Ruhe sein, kein „Einziger dürfe ein Quäntchen Schuld daran tragen, wenn der schwere Weg, den wir gehen müssen, im Interesse der Heimat und des Friedens nicht zum Erfolg führt". Mit dem Wunsch auf Einordnung aller Kräfte in der Vaterländischen Front und mit einem Dank an die Tiroler Exekutive schloß der Bundeskanzler seine Rede.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat in einem Aufruf folgende Parole für die Wahl bekanntgegeben: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Oesterreich."

### Die Durchführungsbestimmungen

Der Frontführer-Stellvertreter, Minister Fernatto, machte auf dem Amtswalter-Appell in Innsbruck folgende Mitteilung über die Durchführung der Volksabstimmung:

Abstimmungskommissionen werden für jeden Abstimmungssprengel nach den Weisungen des zuständigen Landeshauptmanns bzw. des Bürgermeisters der Stadt Wien bestellt. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und zwei bis vier Beisitzern, unter denen ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgeber vorhanden sein müssen. Die Mitglieder der Abstimmungskommission müssen der Vaterländischen Front angehören und möglichst Amtswalter sein.

In den Abstimmungslokalen dürfen sich außer den genannten Personen keine weiteren Personen aufhalten, damit der Abstimmungsvorgang nicht „gestört" werden kann. In den Lokalen wird der Text der offiziellen Abstimmungsfrage angebracht, ferner muß eine Auskunftsperson vorhanden sein, die über die Berechtigung zur Abstimmung und die Lokalverhältnisse Auskunft erteilt.

Beginn und Ende der Abstimmung wird durch den Landeshauptmann festgesetzt. Als Abstimmungsdokumente gelten die Vaterländische-Front-Mitgliedskarte, die Mitgliedskarte des Bauernbundes, das österreichische Gewerbebuch und das Gewerkschaftsbuch oder Erkennungskarten oder Heimatscheine oder Meldezettel, jedenfalls nur Dokumente, die die Identität nachweisen. In dem vorgelegten Dokument wird durch Stempelung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. Die das Abstimmungslokal betretenden Personen haben dem Vorsitzenden der Abstimmungskommission ihr Dokument vorzuweisen.

Wahllisten werden nicht geführt. Dort, wo der Landeshauptmann es anordnet, kann eine Liste derjenigen Personen, die die Abstimmung vollzogen haben, angefertigt werden. Vorkehrungen dagegen, daß nicht dieselbe Person an zehn oder fünfzehn verschiedenen Stellen mittels verschiedener Ausweise abstimmt, sind nicht getroffen.

Die Abstimmung wird öffentlich durchgeführt, doch ist die Benutzung eines Briefumschlages erlaubt.

Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe von fünf mal acht Zentimeter, der auf der einen Seite mit dem Worte Ja bedruckt ist. Wer mit Nein stimmen will, muß sich einen Zettel in genau der gleichen Größe selbst mitbringen und mit dem Wort Nein beschreiben.

*

Der Bundeskanzler hat es merkwürdig eilig mit der Volksabstimmung. Dieser Hast entsprechen auch die Ausführungsbestimmungen, nach deren Durchsicht man keinesfalls behaupten kann, daß diese Abstimmung unter geordneten und gerechten Bedingungen erfolgt. Fehlen die ordnungsmäßigen Wahllisten, es fehlt jede Kontrolle. Wer will z. B. dafür Sorge tragen, daß jeder wirklich nur einmal wählt?

Diese Abstimmung hat kein Recht sich „Volksabstimmung zu nennen. Und das Volk empfindet diese Ungerechtigkeit, die einfach alle üblichen Formen einer gerechten und freien Volksbefragung unbeachtet läßt. Wozu auch diese überstürzte Hast?

Zudem mutet es sehr merkwürdig an, daß das Kabinett über diese wichtige Volksabstimmung nicht unterrichtet wurde. Wie weit sich das die Mitglieder der Regierung bieten lassen, muß abgewartet werden. Der Innenminister Dr. Seyß-Inquart hat für die Nationalsozialisten bereits die einzig mögliche Konsequenz gezogen: Die Nationalsozialisten nehmen nicht teil an dieser „Abstimmung", die keine ist!

Aus der Erklärung des Büros Seyß-Inquart geht weiter hervor, daß man sich dort dessen bewußt ist, daß diese Maßnahme des Bundeskanzlers nicht den Abmachungen von Berchtesgaden entspricht, zumal — auch das setzte das Berchtesgadener Abkommen voraus — die Reichsregierung vorher nicht unterrichtet worden ist.

Alles in allem! Merkwürdig, sehr merkwürdig! Ob Dr. Schuschnigg der inneren Befriedung damit einen Dienst leistet, muß sehr bezweifelt werden. Wir möchten annehmen, daß mit dieser „Volksabstimmung" viel kostbare Befriedungsarbeit zerstört wird. Das werden die nächsten Ereignisse zeigen, denn schon die ersten Nachrichten lassen erkennen, daß das österreichische Volk in höchster Erregung ist.

*

## Hinter dem Rücken des Kabinetts

### Wie die „Volksabstimmung" zustande kam
### Seyß-Inquart: Keine Teilnahme an der „Abstimmung"

**Das Londoner Reuterbüro berichtet aus Wien: Im Büro Dr. Hugo Jurys, des Vertreters Dr. Seyß-Inquarts, machte ein Sprecher dem englischen Nachrichtenbüro gegenüber folgende autorisierte Erklärung:**

**Wir weisen unsere Anhänger an, sich bei der Volksabstimmung am Sonntag der Stimme zu enthalten. Wir sind grundsätzlich entschlossen, uns an das Abkommen vom 11. Juli 1936 und vom 12. Februar 1938 zu halten. Wir sind aber nicht bereit, unseren Entschluß in dieser Form kundzutun. Darüber hinaus kann die Art und Weise, in der die Volksabstimmung herbeigeführt worden ist, nur mit einem Ausdruck charakterisiert werden, den ich vorziehe nicht zu gebrauchen. Sie wurde beschlossen ohne Beratung mit dem Kabinett und hinter seinem Rücken. Die gesamte Art und Weise, in der die Abstimmung durchgeführt werden soll, macht es für ein Individuum möglich, mehrere Male abzustimmen und gibt den Beamten der Vaterländischen Front uneingeschränkte Kontrolle der Wahl, so daß die Türen für jede Art von Mißbrauch geöffnet sind.**

### Protesttelegramme an Miklas und Seyß-Inquart

Aus Graz sind an Bundespräsident Miklas sowie an Minister Seyß-Inquart folgende gleichlautende Telegramme gesandt worden:

„Der Volkspolitische Referent der Vaterländischen Front Steiermark protestiert gegen die nach der Mai-Verfassung verfassungswidrige Volksabstimmung, verweist auf Artikel 65 und 172 der Mai-Verfassung, kündigt die diesbezüglichen Schritte an und verlangt vom Bundespräsidenten Wahrung der Verfassung."

### Kommunistische Demonstrationen für Schuschnigg

In Graz fuhr ein Vaterländisch-Front-Lastkraftwagen, rings behängt mit roten Plakaten und besetzt mit Kommunisten, über den Ring und durch die innere Stadt. Die Autoinsassen zeigten den kommunistischen Gruß und schrien: „Hoch Moskau! Hoch Moskau!" Dazwischen hörte man auch Hochrufe auf Schuschnigg und Oesterreich. Die Straßenpassanten riefen den Kommunisten zu: „Nieder mit Moskau!"

### Durchstrichene und leere Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen!

In Linz hat Landeshauptmann Gleißner die Anweisung ausgegeben, daß alle durchstrichenen und leeren Stimmzettel als Ja-Stimmen zu zählen sind.

In Amstetten und anderen Orten konnte man Kommunisten beobachten, die ganz offen das Sowjetabzeichen mit Sichel und Hammer trugen.

### „Abstimmung" in den Betrieben

Vielfach soll in den Betrieben selbst abgestimmt werden, zum Teil sogar schon am Sonnabend.

Selbstverständlich ist die Abgabe einer Nein-Stimme in Betrieben, wo ja die Wahlkommission, die nach Möglichkeit aus Amtswaltern der Vaterländischen Front bestehen soll, die Abstimmenden persönlich kennt, nahezu ausgeschlossen.

Da die Ja-Zettel einer Mitteilung der Vaterländischen Front zufolge offen abgegeben werden sollen, so steht natürlich von jedem, der seinen Abstimmungszettel in einem Briefumschlag abgibt, fest, daß er mit Nein gestimmt hat.

*

Diese Volksbefragung gibt in mehrfacher Hinsicht zur Verwunderung Anlaß. Die Ueberstürzung, mit der sie anberaumt ist, läßt nicht die geringste organisatorische Vorbereitung zu. Es können weder Wahllisten angelegt, noch Wahlausweise ausgestellt werden. So aber wird die Volksbefragung zu einer Farce. Die Ueberstürzung scheint Mittel zum Zweck werden zu sollen. Denn mangels Vorhandensein der Wahllisten und der Wahlausweise soll ja jedes Dokument Gültigkeit haben. Damit aber ist dem Mißbrauch der Weg geebnet. Jeder kann so viel Mal seine Stimme abgeben, so viel er Dokumente besitzt. Zu großem Bedenken gibt aber auch die Tatsache Anlaß, daß, wie angekündigt, die Volksbefragung auch in Betrieben durchgeführt werden soll. Schon hier ist eine genaue Kontrolle über die Abgabe der „Ja"-Stimmen möglich. Unter den offen abgegebenen Ja-Stimmen muß ja eine „Nein"-Stimme, auch wenn sie im verschlossenen Umschlag abgegeben wird, ohne weiteres auffallen. Die Anlegung schwarzer Listen ist so ohne weiteres möglich, wie auch jene leicht festzustellen sind, die sich der Parole von Dr. Seyß-Inquart folgend, der Stimme enthalten. Aber selbst außerhalb der Betriebe kann die Wahl nicht mehr als geheim, sondern sie muß als öffentlich bezeichnet werden. Ganz abgesehen davon, wie schwierig es in vielen Fällen sein mag, nun den Stimmzettel für „Nein" so anzufertigen, daß die Stimme auch wirklich gültig ist.

So spricht diese Volksbefragung allen Grundsätzen der Demokratie Hohn. Sie setzt einen großen Teil der österreichischen Staatsbürger unter schwersten Druck und beraubt ihn dessen, wovon gerade immer gesprochen wird, der Selbstbestimmung. Frei und offen das Denken und Fühlen zu äußern, ist bei dieser Farce unmöglich. Damit aber finden die letzten Jahre, in denen Hunderttausende um ihrer politischen Gesinnung willen ihre Existenz in Oesterreich verloren haben, eine Fortsetzung. Auch die Besetzung der Wahlausschüsse mit Amtswaltern der Vaterländischen Front und die Fernhaltung aller anderen aus den Wahllokalen, muß in diesem Zusammenhang bedenklich stimmen.

In einem eigenartigen Licht erscheint das Zustandekommen des Entschlusses zu dieser merkwürdigen Volksbefragung durch die Tatsache, daß die nationalsozialistischen Minister von diesem Schritt Schuschniggs keine Kenntnis hatten und auch die Reichsregierung nicht unterrichtet worden ist. „Bruch der Verfassung und der Abkommen vom 11. Juli und von Berchtesgaden" sagen die Proteste an den Bundespräsidenten. Wer Schuschnigg zu dieser überstürzten Angelegenheit, aus der schon die Kommunisten Oesterreichs Nutzen zu ziehen suchen, geraten hat, wissen wir nicht, unsere Kritik aber können wir nicht unterdrücken.

### Zwischenfälle in Steiermark

Nach einem Bericht des volkspolitischen Referats aus Judenburg, der bekannten Stahlindustriestadt der Steiermark, ist es dort zu Zwischenfällen gekommen. Die Insassen eines der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft" gehörenden Kraftwagens aus Graz warfen auf Nationalsozialisten Steine. Als die Menge daraufhin Miene machte, den Wagen zu stürmen, suchte dieser das Weite, wurde aber von der Gendarmerie eingeholt. Die Insassen wurden verhaftet. Man fand bei ihnen Pistolen, Totschläger und andere Waffen. — Auch in Graz haben sich im Laufe des Abends Zusammenstöße ereignet.

**In dem SA.-Sportabzeichen liegt die Vereinigung von körperlicher Ertüchtigung und Weltanschauung.**